

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag
Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschussdrucksache 20(22)61

17. Oktober 2022

Stellungnahme Dr. Ilko-Sascha Kowalczuk

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
Eckpunkte zur Einrichtung eines Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische
Transformation
BT-Drucksache 20/1764

Ilko-Sascha Kowalczyk

Stellungnahme als Sachverständiger bei der öffentlichen Anhörung der Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages zur Unterrichtung durch die Bundesregierung "Eckpunkte zur Einrichtung eines Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation" am 17. Oktober 2022

Das Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation ist ein wichtiges Vorhaben, dessen Umsetzung möglichst rasch erfolgen sollte. Ich möchte in meiner Stellungnahme drei Aspekte, die für die inhaltliche Ausrichtung des Zentrums relevant sein sollten, herausgreifen.

1. Wenn wir über deutsche Einheit und die Transformationsgeschichte sprechen, so geht das nur, wenn über die Voraussetzungen dafür geredet wird. Das waren die kommunistische Diktatur mit ihren destruktiven Hinterlassenschaften sowie die erfolgreiche Freiheitsrevolution von 1989/90. Das Zukunftszentrum muss beides in seine Arbeit als integrale Bestandteile einbeziehen. Die Revolution von 1989/90 war die Vorbedingung für die deutsche Einheit. Epochale Umbrüche wie diese Revolution ereignen sich weder zufällig noch so spontan, wie es vielen Zeitzeugen und Zeitzeuginnen erscheinen mag. Die Vorgeschichte der Revolution von 1989 besteht aus nationalen und internationalen Zusammenhängen. Aus diesem Grund erscheint es mir geboten, die inhaltliche Arbeit des Zukunftszentrums Mitte der 1970er Jahre beginnen zu lassen. Hier liegen mit der Ölpreiskrise 1973 und der Verabschiedung der KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975 zwei zentrale internationale Ereignisse vor, die auf den Ostblock und die DDR nachhaltige Einflüsse ausübten.
2. Das Zukunftszentrum soll die Auswirkungen von politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen auf die Gesellschaft in den Blick nehmen und so das unterschiedliche und zum Teil gegensätzliche gesellschaftliche Handeln in den Mittelpunkt rücken. Es wäre verfehlt, stellte das Zentrum staatliches Tun in den Mittelpunkt. Das kann und soll nur den Rahmen bilden. Für die Zeit vor 1989 heißt das, im Kontext der politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen die vielfältigen gesellschaftlichen Entwicklungen und Kräfte in den Blick zu nehmen, die sich aus unterschiedlichen Motivlagen heraus gegen die Vorgaben der kommunistischen Diktatur stellten. Mit Blick auf Gegenwart und Zukunft und die Aufgabe des Zukunftszentrums als Demokratie-, Freiheits- und Identitätsanker erscheint es mir besonders nötig, Opposition und Widerstand, wozu auch Flucht und Ausreisen zählen, entsprechend ausführlich zu würdigen. Die Freiheitsrevolution von 1989 ist nur in dem Kontext, wogegen sie sich richtete, zu erklären. Für die Zeit nach 1990 ist der Spannungsbogen von Freiheit, Demokratie und sozialer Unsicherheit für die ersten 15 Jahren maßgeblich. Hier kommt es darauf an, die einmaligen Herausforderungen des Transformationsschocks zu kontextualisieren. Diese Phase ist abgelöst worden von

einer zweiten, nunmehr globalen Transformationsphase, die oftmals verkürzt als digitale Revolution bezeichnet wird. Ostdeutschland ist nun von einer nachholenden Gesellschaft zu einer partiell vorseilenden geworden und nahm Züge eines Labors der Globalisierung an.

3. Die Hoffnung auf „blühende Landschaften“ implizierte ab 1990 eine wohl ungewollte, aber regelrecht zwangsläufige Vergleichsgröße: So wie die Existenz des „Westens“ als Schaufenster ein Katalysator für die Freiheitsrevolution war, so wurde nun durch das Versprechen „blühender Landschaften“, „niemand wird es schlechter gehen“ und in fünf Jahren habe der Osten den Lebensstandard des Westens erreicht allein die sich selbst ständig weiterentwickelnden und verändernden Lebensverhältnisse im Westen zur Vergleichsgrundlage im Osten. Das war und ist fatal, weil es die Ausgangsbedingungen unberücksichtigt ließ. Die strikte Einbindung der DDR in den Ostblock macht Ostmittel- und Osteuropa auch zu den sinnvollen Vergleichsparametern. Die Geschichte der DDR ist ohne die Entwicklungen Osteuropas ebenso wenig zu verstehen wie die Transformationsgeschichte seit 1990.

Nicht erst die Ausweitung des russischen Kriegs gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 hat gezeigt, wie wenig diese Vorgänge zu verstehen sind, ohne die historischen Entwicklungen im 20. Jahrhundert präzise zu kennen. Die nationalen Geschichten sind transnational miteinander verflochten. Das kommt oft zu kurz. Wenn das geplante Zentrum ein Zukunftszentrum für Verstehen und Miteinander werden will, so muss es die jüngste Geschichte bei allen Widersprüchen und Gegensätzlichkeiten als eine Gemeinsame auffassen. In der Vielheit liegt die Einheit auch hier. Das Zentrum sollte auf allen Ebenen von Anfang an europäisch und vor allem osteuropäisch ausgerichtet sein. Das sollte sich nicht nur im Standort und in der Schwerpunktsetzung, sondern auch in der personellen Besetzung niederschlagen. Als programmatisches Zeichen schlage ich vor, das Zentrum an einem 23. August, dem europäischen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus und Kommunismus, zu eröffnen.